

Vorlage

Drucksachen-Nr.:	BV/269/2006/PDS
Einreicher:	Fraktion der PDS Herr Schönemann, Ralf

Beratungsfolge	Status	Termin	Für	Gegen	Enthaltung	Bestätigung
Hauptausschuss	öffentlich	06.09.2006				
Stadtrat	öffentlich	20.09.2006				

Mitzeichnung:

Dienststelle (Org.-Dezimale)									
Datum									
Unterschrift (Kurzzeichen)									

Titel:

Amtszeitverlängerung des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Dessau entscheidet für seinen Zuständigkeitsbereich, über eine Amtszeitverlängerung für den Oberbürgermeister bis zur Aufnahme der Tätigkeit des neu gewählten Oberbürgermeisters der Doppelstadt Dessau-Roßlau.

Die Mitglieder des Stadtrates der Stadt Dessau beschließen, die Landesregierung von Sachsen-Anhalt über die im Zuge der Fusion der Städte Dessau und Roßlau entstandene Situation hinsichtlich der Wahlgrundsätze und der Amtszeit für den Oberbürgermeister (§ 58 der Gemeindeordnung) zu informieren. Sie bitten darum, dass dieses Anliegen vom Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt Herrn Prof. Dr. Wolfgang Böhmer Unterstützung findet und durch entsprechende Maßnahmen untersetzt wird.

Gesetzliche Grundlagen:	Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt Hauptsatzung der Stadt Dessau
Bereits gefasste und/oder zu ändernde Beschlüsse:	
Vorliegende Gutachten und/oder Stellungnahmen:	

Hinweise zur Veröffentlichung:	
--------------------------------	--

Finanzbedarf/Finanzierung:

Begründung: siehe Anlage 1

Für den Einreicher:

Fraktionsvorsitzende(r)

beschlossen im Stadtrat am:

Dr. Exner
Vorsitzender des Stadtrates

Hoffmann
Stellvertreter

Semper
Stellvertreter

Anlage 1:**Begründung:**

Stadträte der Stadt Dessau sehen nach einem gesetzlich vorgeschriebenen Ausscheiden des Dessauer Oberbürgermeisters, Herrn Otto, aus Altersgründen im Oktober 2006 Handlungsbedarf. Auf Grund der Tatsache, dass die von der Bevölkerung der Städte Dessau und Roßlau per Bürgerbefragung und Bürgerentscheid gewünschte Fusion beider Städte erst gemäß der aktuellen Gesetzeslage im Juli 2007 erfolgt, entsteht für die Kontinuität des Prozesses der Fusion ein nicht zu akzeptierendes Defizit der Wahrnehmung von Verantwortung.

Nach unserer Auffassung ist eine Übergangslösung für die Funktion des Oberbürgermeisters ein erhebliches Risiko für das Gelingen der Städtefusion. Wir setzen auf politische Kontinuität und Glaubwürdigkeit im Prozess der Fusion der Städte Dessau und Roßlau.

Die Amtszeitverlängerung des Oberbürgermeisters Hans Georg Otto würde eine gute Grundlage für einen planmäßigen Übergang zur Doppelstadt Dessau-Roßlau garantieren. Die gesetzlichen Grundlagen würden eine Amtszeitverlängerung zur Zeit nicht zulassen.

Darüber hinaus können die Bürger Dessaus und Roßlaus einen gemeinsamen Neuanfang gemäß dem Geist der Fusionsverhandlungen und der Bürgerentscheide auf gleicher Augenhöhe wagen. Nahe liegend ist dann auch die gemeinsame Wahl des Stadtrates und des neuen Oberbürgermeisters im Juni 2007.

Anmerkung:

Die im Stadtrat befindlichen Fraktionen können sich als beteiligter Einreicher dem Beschlussvorschlag anschließen.